

Erdöl: Fluch oder Segen?

Vortrag von Christine Eberlein, Erklärung von Bern (EvB), 21. Juni 2004
anlässlich der SUN21 Tagung in Basel

Erdölförderung in Basel?

Stellen Sie sich vor, ringsum Basel würden grosse Erdölvorkommen gefunden. Gigantische Bohrtürme und Raffinerien würden die Landschaft prägen und auf dem Rhein würden pausenlos schwere Öltanker das Öl nach Rotterdam befördern. Die gesamte Gegend wäre von Ölkatastrophen betroffen, und der Zusammenstoss von Öltankern würde auch am Ufer und im Rhein jegliches Leben vernichten. Sie würden ihren Wasserhahn aufdrehen und heraus käme nur eine braune ölige Brühe. Sie könnten nicht mehr Waschen, nicht mehr trinken, nicht mehr baden..

Die von Basel nach Bern und Genf gebaute Pipeline hätte ebenfalls grosse Verschmutzungen zur Folge, weil viele Menschen heimlich versuchen würden, sie anzubohren, um günstig zu Erdöl zu kommen. In der Zwischenzeit hätte die Basler Regierung die politischen Grundrechte ausser Kraft gesetzt und die Ölquellen als ihren persönlichen Besitz deklariert. Auf dem Rathausplatz entstünde ein gigantischer neuer Verwaltungssitz. Ein fussballbegeisterter Basler Regierungsrat hätte sofort den Bau von 10 neuen Fussballstadien angekündigt und stattdessen viele Schulen und Spitäler geschlossen.

Der Ölsegel hätte mittlerweile den Neid der Baselbieter, der Deutschen und auch der Franzosen entfacht. Sie würden der Basler Regierung drohen sie zu beteiligen, oder ansonsten terroristische Anschläge verüben. Die Basler würden ihre Miliz mobilisieren und ihrer Verteidigung aufrüsten. Zur Sicherheit würde der Ausnahmezustand verhängt, die Freiheit der Baseler eingeschränkt und die Grenzen geschlossen. Weil Basels Trink- und Grundwasser so stark verschmutzt ist, würde sich Krankheiten und Durst breit machen...

Glücklicherweise, muss man sagen, hat Basel kein Öl und die Schweiz eine traditionsreiche stabile Demokratie. Doch meine Geschichte ist in Entwicklungsländern, in denen Erdöl gefunden wurde, durchaus Realität.

Der Fluch des Erdöls

Wenn wir an erdölfördernde Länder denken, kommen uns zumeist zuerst die wirtschaftlichen Vorteile in den Sinn. Wir glauben, diese Länder müssten automatisch wirtschaftlich prosperieren und zu allgemeinem Wohlstand kommen. Als Beispiel haben wir Bilder von gigantischen Einkaufszentren und Eisstadien in Saudi-Arabiens Wüste vor Augen und erinnern uns an in der Welt umherjettende Ölscheichs, die in den Juweliergeschäften der Bahnhofstrasse in Zürich mit ihren Familien einkaufen gehen.

Die andere Seite sehen wir wenig und es fällt uns mitunter schwer sie zu begreifen: Dass der unermessliche Reichtum nur Einzelnen zukommt und dagegen in vielen Ländern, die Erdöl fördern, Menschenrechte verletzt werden, grausame Bürgerkriege lodern, Korruption grassiert und die Armut wächst. Die Aufmerksamkeit der Welt ist derzeit auf den Irak fixiert. Doch gleichzeitig brechen an der Westküste Afrikas in einem Land nach dem anderen Kriege aus. Kriege um Öl. Genauso wie seit Jahrzehnten in Timor, im Sudan, in Angola, und mitunter in Venezuela, Ecuador und Peru, in Algerien, der Republic Congo, Indonesien, Yemen und natürlich Irak, Iran etc.

Die Erdölreserven der Industrieländer gehen zur Neige und die Hoffnungen auf weitere grosse Funde liegen nun auf West-Afrika und Schwellenländern in Latein-Amerika. Die Ölförderung ist in Entwicklungs- und Schwellenländern, wesentlich stärker polarisiert. Grosse Ölkonzerne führen in Afrika relativ unbeachtet Stellvertreterkriege. Es geht um Verträge und Partnerschaften der Ölmultis mit den zum Teil staatlichen, oder wie in Russland privaten Erdölgesellschaften. Amerikaner gegen Franzosen und Italiener. Wie heute im Wirtschaftsteil der NZZ nachzulesen ist, verfügen die

französische Total oder auch die italienische ENI in einigen lukrativen Förderländern bereits über die besseren Karten, als US-Grosskonzerne. Sollen wir jubeln?

Nun kann man einwenden, dass einige Länder, wie **Norwegen** es geschafft haben, ihren Erdölreichtum zum Segen des Landes und zur Wohlfahrt der Bevölkerung zu verteilen. Also müsste dies auch in Entwicklungsländern möglich sein. Erfolgreichen Ländern ist gemeinsam, dass zum Zeitpunkt als Öl gefunden wurde, bereits ein ausgeprägtes demokratisches System mit starken öffentlichen Institutionen bestand, das für eine gerechte Verteilung des plötzlichen Geldregens sorgen konnten.

Doch in den meisten Entwicklungsländern im Süden erweist sich Erdölreichtum als Fluch. Es ist nicht das Erdöl an sich, das zum Fluch wird, sondern die Gier auf Geld, Reichtum und vor allem Macht: Bei knapper werdenden Ressourcen und steigendem Verbrauch bedeutet der Zugang zu Erdöl Macht.

Im Folgenden nenne ich Thesen und Hintergründe, warum sich in vielen Entwicklungsländern Erdöl eher als Fluch, denn als Segen gestaltet. Sie sind mittlerweile durch wissenschaftliche Studie des Internationalen Währungsfonds, der Weltbank, und der UNO bestätigt.

Weil 38 % des in die Schweiz eingeführten Öls aus Nigeria kommt, (der Rest zu 38% aus Libyen und, der Rest wird auf den europäischen Märkten eingekauft) – beziehe ich mich in Beispielen hauptsächlich auf Nigeria.

1. Erdöl verhindert Entwicklung und Demokratisierung

In allen durch Erdöl reich gewordenen Entwicklungsländern sank der Lebensstandard der Bevölkerung dramatisch: Gemäss Studien des Internationalen Währungsfonds, wuchsen Länder ohne Rohstoffe zwischen 1970 und 2000 viermal rascher als Länder, die Erdöl fördern.

Bsp. Nigerias Haushalt finanziert sich zu 80% aus Öleinnahmen und 95% der Exporte sind Erdöl, das sind 350 Mrd. US\$. Die Öleinnahmen sind Pro-Kopf gerechnet von 1965 bis heute von 33 US\$ auf 325 US\$ gestiegen. Trotzdem leben über 70% der 130 Mio. Einwohner von 1 US\$ pro Tag, das sind gleich viele wie 1965. 43% haben keinen Zugang zu Trinkwasser, die Kindersterblichkeit ist eine der höchsten der Welt.

2. Erdöl spitzt Ungleichheiten und Armut zu Lasten von Frauen zu

Die Einnahmen aus dem Erdölverkauf werden ungleich verteilt und die Bevölkerung insbesondere auf dem Land profitiert nur wenig. Am dramatischsten sind Frauen und Kinder von der steigenden Armut betroffen.

Warum und wie kommt es dazu?

Weil insbesondere Regierungsvertreter in Ländern mit schwacher Regierungsführung zunächst einmal die Einnahmen aus dem Erdölsektor zu ihren Verwandten, Freunden und politischen Gefolgsleuten weiterleiten, bildet sich eine neureiche Klasse - einer Öl-Oligarchie- , die politisch mächtig wird. Um sich an der Macht zu halten, wird aufgerüstet und das Militär vergrössert. Erdölexportierende Länder geben wesentlich mehr Geld für den Aufbau von Armeen und Rüstung aus, als rohstoffarme Länder.

Hinzu kommt nun das Paradox des schnellen einfachen Reichtums: Die Einnahmen aus den Ölbooms wecken den Appetit für mehr Konsumausgaben bei Regierungsvertretern und der Oberschicht. Der Internationale Währungsfonds prangert für Nigeria vor allem die unermessliche Verschwendungssucht der Regierungsclique an. Die Öleinnahmen fallen scheinbar wie Manna vom Himmel und erlauben zahlreiche nicht-produktive Investitionen.

Trotz der hohen Öleinnahmen gehören viele Erdölexportierende Länder, wie Nigeria, aber auch Tschad, Sudan, Ecuador und Peru zu den armen Entwicklungsländern mit den **höchsten Schulden**. Das liegt daran, dass Öl-Regierungen kreditwürdig sind und hohe Kredite aufnehmen. Hier ist auch die Mitverantwortung von Kreditgebern aus dem Norden zu nennen, die Erdölländer als neue Anlagemärkte für Investitionen aus dem Norden ausmachen und günstige Kredite gewähren. Doch oftmals können die Kredite nicht zurückgezahlt werden, weil sie unproduktiv eingesetzt wurden oder in die Taschen der Oberschicht und damit mitunter in die Schweiz flossen.

So geschehen beim bekannten Fall des nigerianischen Präsidenten Abacha der rund 1 Mrd. Sfr. auf Schweizer Konten deponierte. Die Konsequenzen und Lasten der hohen Verschuldung durch die Rückzahlung der Zinsen trägt die arme Bevölkerung, welche nie von den Petrodollars profitiert hat.

Gemäss Studien des Internationalen Währungsfonds **sinken in Erdöl-Entwicklungsländern während Boomzeiten öffentliche Investitionen und die Qualität der öffentlichen Ausgaben.**

Die Regierungen haben wenig Interesse am Gemeinwohl und versuchen, eine Bildungselite zu verhindern, welche ihnen ihre Macht streitig machen könnte. Wiederum leiden insbesondere die Armen, Frauen und Kinder am meisten unter den mangelnden Sozialausgaben und dem schlechten Bildungs- und Gesundheitssystem. Wenn Bildung kostet, werden zumeist Jungen bevorzugt und Mädchen müssen in der Familie mithelfen.

So verhindern Erdöleinnahmen schliesslich auch **Demokratisierungsprozesse**: Weil öffentliche Ausgaben nicht mehr mit Steuergeldern, sondern mit Petrodollars finanziert werden, hat die Bevölkerung keine Kontrolle und die Regierung muss nicht Rechenschaft leisten. Hinzu kommt, dass geheime Verträge zwischen den multinationalen Erdölfirmen und Regierungsvertretern die Veröffentlichung der Einnahmen aus dem Ölsektor verhindern. In der Tat ermöglichten die Petrodollars in vielen afrikanischen und Lateinamerikanischen Ländern einer Reihe von autoritären Regimes sehr lange an der Macht zu bleiben, was die Bildung einer demokratischen pluralistischen Gesellschaft verhinderte. Dies ist mit ein Grund, dass in diesen Ländern auch nach dem Abdanken der Diktatoren oder Militärs die „bad governance“ also eine schlechte Regierungsführung herrscht. Es fehlen die Merkmale einer freien Demokratie, wie Z.B. Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit, und unabhängige Gerichte. Fehlende Politikgestaltung bedeutet aber auch fehlende Frauenförderung. Und fehlende öffentliche Dienstleistungen werden zwangsläufig durch die Arbeit von Frauen kompensiert.

3. Erdöl schafft Abhängigkeit

Viele Länder richten ihre Wirtschaft einseitig auf die Erdölförderung aus, sind von Ölpreisschwankungen abhängig und vernachlässigen Investitionen in anderen Bereichen.

Ein weiterer gravierender Punkt des Erdöl-Mannas ist die **steigende Abhängigkeit von Importen** sowie der Niedergang der nationalen Landwirtschaft und des Unternehmertums. Schuld daran ist, dass infolge der Erdöleinnahmen (in US\$) die Wechselkurse steigen und damit die Landeswährung teurer wird. Dadurch sinkt die ausländische Nachfrage nach lokalen Produkten. Für das Land wiederum ist die eigene Produktion von Nahrungsmitteln und Konsumgütern teurer als der Import (Ghana). Verlierer sind die lokalen Produzenten und wiederum insbesondere Frauen, die in Entwicklungsländern zu 2/3 in der Landwirtschaft beschäftigt sind.

4. Erdölförderung ist vielfach mit erheblichen Menschenrechtsverletzungen und sozialen Verwerfungen verbunden

Ein von der Weltbank in Auftrag gegebener Bericht hat 3 Jahre lang Untersuchungen über die Problematiken im Rohstoff- und Erdölsektor gemacht. Der im Januar 2004 veröffentlichte Bericht kommt zum Schluss, dass insbesondere Frauen und indigene Völker unter der Erdölförderung leiden. In vielen Fällen sichern Militär und Polizei gewaltsam die Kontrolle von Unternehmen über ihr Konzessionsgebiet. Bei Konflikten zwischen Unternehmen und Bevölkerung kommt es oft zu Einschüchterungsmassnahmen, Entführungen, Vergewaltigungen und Mord. Viele Männer versuchen oft auf weitentfernten Bohrstellen Arbeit zu finden und verlassen ihre Familien. Die gesamte Arbeit vor allem im traditionell landwirtschaftlichen Bereich lastet einmal mehr allein auf Frauen.

5. Erdöl gefährdet die Rechte von Ureinwohnern und Betroffenen

Verlierer der Erdölförderung sind aber auch indigene Volksgruppen und direkt Betroffene im Gebiet der Bohrungen und Raffinerien. Viele Erdölvorkommen liegen auf traditionellen Territorien indigener Völker, die Bohrtürmen, Erdölcamps und Pipelines weichen müssen. Verträge zwischen Erdölfirmen und indigenen Völkern sind selten oder werden oft nicht eingehalten. Es gibt unzählige Fälle, in denen ganze Stämme durch Krankheiten wie Grippe ausstarben, nach dem sie zwangsweise Kontakt mit Arbeitern hatten. Ihre Lebensgrundlage wird durch leckende Ölpipelines und

Bohrstationen zerstört. Sie wurden gewaltsam enteignet oder ohne Kompensation umgesiedelt. Der Gewinn aus den Erdölvorkommen fließt in den meisten Fällen nicht zurück an die Betroffenen.

Bsp. Nigeria: aufgrund eines fehlenden demokratischen Rechtssystems wurde Ken Saro Wiwa, der die Firma Shell und seine Regierung der Umweltverschmutzung angeklagt und Kompensation gefordert hatte, zum Tode verurteilt.

6. Erdölförderung verursacht Umweltkatastrophen

Förderung und Abtransport des Erdöls benötigen den Bau von Strassen, Flusswegen und Hafenanlagen.

- Bsp. Region des kaspischen Meers oder Nigerdelta: Das kaspische Meer in der Region Baku und das Nigerdelta sind praktisch tot
- Bsp. Russland: Das auslaufende Rohöl in Russland m Wert von 3,3 Milliarden Euro pro Jahr könnte den jährlichen Ölbedarf von Österreich decken! Es tritt pro Jahr mehr Energie in Form von Öl und Gas aus als alle 29 russischen Atomreaktoren zusammen erzeugen! In Russland läuft jeden Tag so viel Öl aus wie 1989 bei der Havarie des Öltankers Exxon Valdez vor der Küste Alaskas.

Wiedereinmal trifft auch die Umweltbelastung und die Wasserverschmutzung die Frauen und Kinder am härtesten: Es sind die Frauen, die Wasser holen und nun sehr viel weiter laufen müssen, - um wenn überhaupt vorhanden- trinkbares Wasser zu finden. Krankheiten durch verschmutztes Wasser treffen insbesondere Kinder und Frauen. Gerade in erdölfördernden Ländern ist die Kindersterblichkeit wieder im Anstieg.

„Unser Wasser ist ölverseucht, der Fisch schmeckt nach Öl. Die Rentiere sterben am Öl, auch die Kühe, die im Sommer Gras von den ölverschmierten Schwemmlandweiden fressen. Früher haben die Frauen die Wäsche im Sommer im Fluss gewaschen. Das macht heute keine mehr“. (Zitat einer betroffenen Frau aus Sibirien, http://www.kirov-center.org/dzk06_066.shtml)

Folgende Massnahmen wären notwendig

Wenn der Ölboom nachhaltige Entwicklung bringen soll, muss der Zyklus von Verschwendung, Korruption, und der Bereicherung einer Öl-Oligarchie unterbrochen werden. Konflikte können nur gelöst werden, wenn die ihnen zugrundeliegenden Ungleichheiten beseitigt werden. Das heisst, gerechte Entwicklung kann nur stattfinden, wenn Macht gerecht verteilt wird und diejenigen, die bisher ausgeschlossen waren, partizipieren können. Die Frage nach dem wie ist eine Frage des Willens und Wollens.

- Die Schaffung von demokratischen Strukturen und eine gute Regierungsführung sind die Voraussetzung für eine gerechte Entwicklung und die Verteilung von Erdöleinnahmen zur Armutsbekämpfung und zur Linderung von negativen sozialen und ökologischen Konsequenzen im Fördergebiet. Prioritär wäre ebenfalls der Aufbau von politischen Institutionen und Stärkung politischer Parteien und Bürgergruppen, welche dem Abschöpfen der Gewinne durch Regierungsc clans entgegenwirken und für eine gerechte Verteilung und Armutsbekämpfung sorgen. Alle Akteure müssen in den Prozess eingebunden werden: Die transnationalen Konzern, die Regierungsvertreter, Politik, Bürger und Betroffenen müssen gemeinsam an Lösungen arbeiten.
- Dazu gehören aber auch der Aufbau von unabhängigen Gerichten und eine unabhängige Rechtsprechung sowie unabhängige Ombudsmann Stellen, in denen Betroffene ihre Klagen vorbringen können, ohne politisch bedroht zu werden. Die Menschenrechte müssen respektiert werden und einforderbar sein.
- Die transnationalen Konzernleitungen und Regierungsvertreter müssen zu Transparenz und Rechenschaft gezwungen werden. Hier müssen Weltbank und Internationaler Währungsfonds eine stärkere Rolle einnehmen. (Publish What you pay campaign)
- Die lokale Produktion und die lokale Landwirtschaft müssen gefördert und diversifiziert werden, auch wenn Importe billiger sind (Import-Substitution). Ausserdem müssen effektive Umwelt- und Sozialstandards geschaffen und eingehalten werden.

- Das negative Beispiel der Ölpipeline von Tschad nach Kamerun zeigt, dass die Einhaltung und das Vorhandensein dieser Massnahmen unbedingte Voraussetzung vor jeder Ölförderung ist, wenn Erdöl zum Segen und zur Entwicklung eines Landes beitragen soll.
- Die Betroffene Bevölkerung muss vor jeder Ölförderung über die Konsequenzen informiert werden und im Konsens entscheiden, ob sie einverstanden ist.
- Der Internationale Währungsfonds schlägt vor, dass die Erdöl-Einnahmen nicht dem öffentlichen Haushalt, sondern direkt der Bevölkerung zugute kommen und zwar indem sie in speziellen Trustfonds mit Beteiligung der Bevölkerung verwaltet werden.
- Investitionen in Frauen (capacity building) und Frauenrechte bilden die Grundlage und Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung.

<http://www.evb.ch>